

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verkaufsstellen in den Kreisen  
und für den Rest des Reichs  
eingetragen. - Erscheint wochentlich.  
Jahrespreis - Anschlag Nr. 53.

Angabe des Postamtens  
für den Reichsgebiet  
eingetragen. - Erscheint wochentlich.  
Jahrespreis - Anschlag Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1498

Nr. 63

Freitag, den 14. März 1924

19. Jahrgang

### Wahlauftrag der Demokraten.

Für Demokratie und Republik.

Der Reichspräsident hat auf Grund seines verfassungsmäßigen Rechts den Reichstag aufgelöst. In Uebereinstimmung mit der Reichsregierung will er Aenderung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen, soweit diese Aenderungen die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwören, nicht zulassen. Ein neuer Reichstag soll gewählt werden. Die Wähler haben zu entscheiden, ob nicht die größten Opfer gebracht werden müssen, um die feste deutsche Währung zu erhalten. Die Schrecknisse einer zerrütteten Währung sind noch jedem deutschen Wirtschaftler, jedem deutschen Gehalts- oder Lohnempfänger, jeder deutschen Hausfrau in suchtbare Erinnerung. Nachdem es unserem Parteifreund Dr. Schacht gelungen ist, die deutsche Währung zu besetzen, muß eine neue Herrichtung unseres Geldwesens mit aller Kraft verhindert werden. Sie wäre ein unsagbares Unglück. Schwerste Katastrophen wären die Folge. In dem Streite zwischen gefährdeten Privatinteressen und dem gefährdeten Staatsinteresse stellt die Demokratie das Interesse des Staates in den Vordergrund. Wir müssen den Staat retten. Berührt das Reich, dann ist alles verloren.

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei weiß daß sie in der schweren Arbeit des Reichstages ihre Pflicht erfüllt hat. Oft hat man uns nicht verstanden wollen. Eine Politik schwerer Opfer, eine Politik der harten Staatsnotwendigkeiten wurde von uns vertreten. Wir haben die Wirtschaft geschützt; aber die egoistischen Bestrebungen einzelner Berufsgruppen konnten von uns nicht berücksichtigt werden. Niemals waren die Parteinteressen für uns ausschlaggebend. Hätten wir uns von ihnen beherrschen lassen, dann wären auch wir in die Opposition getreten, um mit der so unendlich leichten Kritik an all dem Schweren, das dem Volke auferlegt werden mußte, Stimmung für uns zu machen. Wir aber stellten das Vaterland über die Partei.

Nach der schweren Erschütterung, die der frevelhafte Kapp-Putsch dem deutschen Volke gebracht hatte, war der eben aufgelöste Reichstag gewählt worden. Ein Versuch neuen Hochverrats, der durch den Münchener Prozeß in diesen Tagen grell beleuchtet wird, hat in den letzten Monaten die deutsche Sicherheit die deutsche Einheit, den inneren Frieden bedroht. Rücksichtslos muß der Kampf gegen die Verbrecher geführt werden, die Bürgerkriegsneigung in das arme aequale deutsche Volk hineintragen, und die die Bildung einer wahren Volksgemeinschaft durch eine schamlose Hege immer wieder unmöglich machen. Wir werden auch in Zukunft Klassenhaft und Klassenhaft bekämpfen. Weil wir das tiefe religiöse Empfinden dem deutschen Volke erhalten wissen wollen, wenden wir uns gegen jeden Versuch konfessionelle Zwietracht zu schaffen.

Wir haben die Weimarer Verfassung verteidigt. Deutschland ist eine Republik! Um der Staatsautorität willen kann der Kampf gegen die Republik oft in taktloser Weise sogar von Beamten der Republik geführt, nicht ertragen werden. Um so dankbarer sind wir der großen Zahl verfassungstreuer Beamter, die in harter Arbeit der Republik gedient haben. Daß sich gerade gegen sie der leider notwendige Beamtenabbau mit besonderer Schärfe richtet, haben wir stets bekämpft und werden wir auch in Zukunft bekämpfen.

Das deutsche Volk muß begreifen, daß nicht die Lehren der äußersten Linken und der äußersten Rechten uns retten können. Wir brauchen eine starke Mitte die bereit ist, ohne demagogische Phrasen in einem gerechten sozialen Ausgleich allen Volksschichten die für den Staat erforderlichen Opfer aufzuerlegen. Nur eine starke Mitte ermöglicht die Bildung einer starken Regierung und verhindert die Gefahr ständiger Krisen. Manches harte Wort wurde über den Reichstag gesprochen. Wenn er uns eine klare Politik nicht immer ermöglicht hat, so ist das in erster Linie Schuld derjenigen Wähler, die, unzugänglich der Stimme der Vernunft, sich von den Theatern betören ließen, anstatt eine sichere Wehrheit der Mitte zu schaffen.

Die letzten Jahre haben bewiesen, daß jede Partei, die zur Übernahme der Verantwortung bereit war, die Linie der Demokratie einhalten mußte. Das ist eine starke Rechtfertigung unserer Politik.

Namens der Deutschen demokratischen Reichstagsfraktion: Erich Koch (Weser), Anton Ortelens, Dr. V. Haas.

Die französische Kammer verweigerte mit 300 gegen 210 Stimmen einen Antrag, der die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner verlangte. Minister Le Troquer hatte die Vertrauensfrage gestellt.

### Der Reichstag aufgelöst.

Gestern Abend haben wir durch eine Sonderausgabe die Meldung des Volkbüros mit, daß der Reichspräsident den Reichstag aufgelöst habe. Das Telegramm lautete:

Berlin 13. März 1924. Nachdem der Reichskanzler nochmals die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Notverordnungen dargelegt hatte, verlas er folgende Verordnung des Reichspräsidenten:

Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober und 8. Dezember erlassenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zur Zeit unverändert fortbestehen zu lassen nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages findet, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

#### Die letzte Sitzung des Reichstages.

Die Tagesordnung der letzten Reichstagsitzung umfaßte nicht weniger als acht große Seiten; alles Unerledigte war auf ihr zusammengedrängt. Zunächst wurde das Gesetz über die Golddiskontbanken zum zweitenmal beraten. Heftig machte einige kleine Ausstellungen und Bemerkungen vor allem die Eile, mit der dieses wichtige Gesetz noch verabschiedet werden soll; sein Antrag wird aber abgelehnt. Sodann werden das Reichspostgesetz und der Notetat in dritter Lesung angenommen. Dann folgt die erste und die zweite Beratung des von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Antrages:

1. Für die Zeit nach der Auflösung bis zu den Neuwahlen dem Präsidenten und seinen Stellvertretern, sowie den Mitgliedern des auswärtigen Ausschusses und des Ueberwachungsausschusses die Urlaubsentgeltabgabe weiter zu zahlen. 2. Sämtlichen Mitgliedern des Reichstages das Recht der freien Eisenbahnfahrt zuzugestehen. (Was nicht etwa Verlängerung der Dikten.)

Auch dieser Antrag wird mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Ein Antrag aber, die Wahl schon am 12. April stattfinden zu lassen, wird abgelehnt, vor allem deswegen, weil dieser Termin viel zu früh ist. Inzwischen war der Reichskanzler März erklaren, daß das Wort ergreift. Er wies zunächst auf die Wichtigkeit der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen hin für die Erhaltung der Währung durch Vermeidung einer neuen Inflation, Inanspruchnahme der Wirtschaft und Ausgleich des Etats. Dieses Werk der Gesundung darf, kaum begonnen, nicht gestört werden. Dennoch seien Anträge auf Abänderung oder gar Aufhebung von der Opposition eingegangen, und die Opposition beharre auf ihrem Entschluß, diese Anträge entweder sofort im Plenum des Reichstages zur Abstimmung zu bringen oder sie den Ausschüssen zur Beratung zu übergeben, was beides für die Realisierung unannehmbar sei.

Der Reichskanzler fuhr dann fort: Es kommt hinzu, daß durch die Aufhebung der innerpolitischen Verhältnisse allein schon durch die bevorstehenden Wahlen die Erörterung der Anträge zu den Verordnungen hier im Reichstag von Tag zu Tag mehr agitatorischen Charakter angenommen hat. Angesichts dieser Sachlage kann die Regierung eine weitere Verhandlung der für das Volk lebenswichtigen Frage hier nicht mehr zulassen. Da es nach den Verhandlungen mit den Parteien zweifelhaft steht, daß die Mehrheit des Reichstages darauf besteht, einen Weg zu beschreiten, der nach der Ueberzeugung der Reichsregierung das Volk ins Verderben führt, hält sich die Regierung für verpflichtet, die weitere Verhandlung über die Notverordnungen zu verhindern und die

#### Entscheidung des Volkes

selbst anzurufen. Das deutsche Volk muß sich jetzt entscheiden, ob es mit uns in stiller, harter Arbeit Ordnung und Ruhe sichern, ob es den Weg ernster Pflichterfüllung weiter gehen will zu dem Ziel, unsere bedrängten Brüder an Rhein und Ruhr wieder mit uns zu vereinigen und Deutschland frei zu machen, oder ob es sich an haltlosen Versprechungen und billigen Schlafworten herauschen, in wildem Drange nach trügerischen Zielen sich in Zwietracht zerreißen und in das Erschweren will. Die Reichsregierung stellt sich zunächst vor ihr Werk, das dem deutschen Volk nach den schweren Erschütterungen wieder Ruhe und Sicherheiten gebracht hat, durch das die Währung erhalten und die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt worden ist.

Die Aufrechterhaltung gesicherter Verhältnisse in Deutschland ist auch die erste Voraussetzung dafür daß

die deutsche Regierung das Leben des deutschen Volkes bei den bevorstehenden Entscheidungen wahren kann, denen sie im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Volk und Geschichte, aber auch in voller Freiheit des Entschlusses gegenübersteht. Damit in dieser Lage das Volk entscheiden kann, hat die Reichsregierung beim Herrn Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstages gestellt.

Daraus verlas der Redner die eigentliche Mitteilung.

#### Die Zusammenlegung des aufgelösten Reichstages.

Der jetzt aufgelöste Reichstag verteilte sich mit 459 Sitzen auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Deutsche Volkspartei 67 Mitglieder, Deutsche Volkspartei 68, Deutsche demokratische Partei 89, Zentrum 65 und 3 Hospitanten, Vereinigte Sozialdemokratische Partei 173, Bayerische Volkspartei 19 und 1 Hospitant, Kommunistische Partei 18 und 2 Hospitanten, ferner Bayerischer Bauernbund 3 Mitglieder, Deutschbaltische Freiheitspartei 3, Deutsch-Hannoversche Partei 2, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 2, bei keiner Fraktion 1 (Gelsler).

### Die Opposition in der Volkspartei.

Zur Sezession der nationalliberalen Vereinigung erklärt das linksdemokratische „Wcht-Wcht-Wcht“ vom Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Krudsch:

Die Parteileitung ist von dem Vorgehen der Gruppe Duach völlig überrascht worden. Der Reichsaussenminister Stresemann, der Führer der Partei, ist von dem Vorgehen der Partei im Voraus nicht verständigt worden, sondern hat die offizielle Mitteilung dieses Schrittes erst nach seiner Vollendung erhalten. Nach den uns vorliegenden Stimmen aus dem Reich wird die Gründung mit außerordentlichem Mißfallen betrachtet, weil sie so unmittelbar vor dem Beginn der Reichstagswahlen gefährlich und geeignet ist, die Anhänger der Partei zu verwirren. Es besteht bei führenden Persönlichkeiten der Partei die Ueberzeugung, daß der Versuch gemacht werden wird, die Streber auszuscheiden. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Parteileitung gegen die führenden Persönlichkeiten der Arbeitsgemeinschaft sich zu schärfstem Widerstand veranlaßt sieht.

Dagegen erklärt von der Opposition der Abgeordnete Marek einem Mitarbeiter:

Unser Zusammenschluß richtet sich nicht gegen die Partei. Er bezweckt vielmehr nur eine klare Politik der Partei gegen jede Koalition mit der Sozialdemokratie. Wir erstreben mit aller Entschiedenheit den Bürgerblock und nehmen an, daß die Parteileitung sich mit uns in diesem Punkte solidarisch erklären wird. Sollten uns von der Seite Schwierigkeiten auferlegt werden, ist damit zu rechnen, daß wir zu weiteren Konsequenzen schreiten werden.

Das Stresemannorgan „Die Zeit“ schreibt sehr zuverlässig, daß die neue Gründung ebenso schnell wieder verschwinden würde, wie der feinergetriggerte gegen Hoffmann opponierende „altliberale Reichsverband“.

#### Der Parteivorstand lehnt ab.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat in seiner gestrigen Sitzung zu den Veröffentlichungen über die Gründung einer nationalen Vereinigung der Deutschen Volkspartei Stellung genommen. Der Parteivorstand ist einmütig der Auffassung, daß es keine Vereinigung von Parteimitgliedern bedarf, um in nationaler, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht an den Grundsätzen der alten national-liberalen Partei, wie sie im Programm der Deutschen Volkspartei von 1919 zugrundegelegt sind, festzuhalten, da dieses Festhalten der Grundsätze der gesamten Partei entspricht.

Der Parteivorstand erachtet es als das selbstverständliche Recht aller Parteimitglieder für ihre Anschauungen innerhalb der Partei ihren ganzen Einfluß einzusetzen, wie dies auch bisher geschehen ist.

Eine Sonderorganisation innerhalb der Partei ist aber für jede Partei unzulässig und untragbar, da sie die Einheitlichkeit und damit den Erfolg ihrer politischen Arbeit gefährdet. Der Parteivorstand weiß sich mit dieser Auffassung im Einverständnis mit den Parteifreunden im Lande.

#### Einstellung der spanischen Operationen in Marokko.

Nach Meldungen aus Madrid sind alle Operationen der spanischen Truppen in Marokko eingestellt worden, um nach Angabe des spanischen Direktors einen günstigen Augenblick für ihre Wiederaufnahme abzuwarten. Das spanische Kriegsministerium dementiert in scharfen Worten die Berichte über schwere Verluste der Spanier bei Tizi. Die meisten Gefallenen zählten zu den spanischen Hilfstruppen.

Der „Daily Mail“ wird aus Tanger gemeldet, daß spanischen Spaniern und Rifflanten bei Tizi Tizi (T) ein heftiger Kampf stattgefunden hat. Die Spanier mußten schließlich den Rückzug antreten und hätten 108 Tote ein. Die Rifflanten haben ebenfalls große Verluste erlitten.